



Ansprechpartner:
Norbert Buchta
Fraktionsvorsitzender

Carolyn Macmillan
Bezirksverordnete

26. Januar 2021

Pressemitteilung

Rechtsaußen-Bündnis in Steglitz-Zehlendorf: CDU und AfD verhindern virtuelle BVV-Sitzungen

In wenigen Tagen wird das neue „Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Bezirksverordnetenversammlungen in außergewöhnlichen Notlagen“ in Kraft treten. Somit können die Sitzungen und Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) künftig per Video- oder Audio-Streaming abgehalten werden – und auch rechtsgültige Beschlüsse getroffen werden. Insbesondere letzteres ist bislang von den Fraktionen sehr unterschiedlich beurteilt worden und wurde vielfach als Argument verwendet, um die Durchführung einer virtuellen BVV zu verhindern.

Um Gültigkeit zu erlangen, muss die Gesetzesänderung nun noch in die bezirklichen Geschäftsordnungen übernommen werden. Die Fraktionen von SPD und Grünen hatten für die Sitzung der Steglitz-Zehlendorfer BVV am 20. Januar daher mehrere Dringlichkeitsanträge vorbereitet, um den Prozess schnellstmöglich einzuleiten und die Arbeitsfähigkeit der Versammlung endlich wiederherzustellen. „Ein Jahr geht die Corona-Pandemie mittlerweile schon. Andere Bezirke haben in der Zwischenzeit viel ausprobiert, aber in Steglitz-Zehlendorf sind wir keinen Schritt weitergekommen“, ärgert sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Buchta über die Blockade durch die CDU sowie Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski.

„Die anhaltende Pandemie und die erhöhte Gefahr durch Virusmutationen gebieten ein umsichtiges Bezirksparlament, welches die Bürgerinnen und Bürger, die Mitarbeitenden der Verwaltung sowie die Bezirksverordneten nicht in ein Präsenzformat drängt“, so die SPD-Bezirksverordnete Carolyn Macmillan. „Aber offenbar mangelt es bei einigen in der CDU immer noch an Besorgnis um die körperliche Unversehrtheit derjenigen, die an der BVV teilnehmen wollen und müssen!“

Wie ernst es den Konservativen mit der Blockade der BVV-Arbeit ist, konnte man am vergangenen Mittwoch erleben: Der CDU-Fraktionsvorsitzende Torsten Hippe brüskierte die Zählgemeinschaftspartner von den Grünen und stimmte stattdessen gemeinsam mit den Rechtspopulisten von der AfD gegen die Dringlichkeit. In der Folge müssen die Anträge für eine digitale BVV nun regulär im Februar eingereicht werden und durchlaufen möglicherweise mehrere (Corona-bedingt unregelmäßig tagende) Ausschüsse, bevor die nötigen Beschlüsse im Plenum gefasst werden können. „Offensichtlich bildet sich im Bezirk gerade ein neues Rechtsaußen-Bündnis“, zeigt sich Buchta schockiert.

„Die CDU-Fraktion will ernsthaft keine Dringlichkeit, keine Notlage erkennen? Es ist doch wohl eher so, dass man für den Wahlkampf gemeinsam mit der AfD ein Signal an alle Corona-Leugner senden möchte – und auch gleich klar macht, wen man sich als künftigen Partner einer Zählgemeinschaft vorstellen kann“, fasst Carolyn Macmillan die Ereignisse des vergangenen Mittwochs zusammen.